

Genossinnen und Genossen,

Eine persönliche Vorbemerkung:

In diesen bewegten Zeiten habe ich zu vielen politischen Fragen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen und den sich daraus ergebenden Handlungsperspektiven für uns als Kommunistinnen und Kommunisten mehr Fragen als Antworten.

Umso mehr kommt es meiner Meinung nach darauf an, ohne schon vorgefertigte Meinung, ohne Denkverbote und vorgestanzte Argumente die reale Lage zu analysieren und zu bewerten.

Mein Erleben ist allerdings etwas ganz anderes:

Einige in der Parteiführung wissen natürlich schon alles und meistens besser!

Deshalb möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen ein paar kurze, aber nicht umfassende Bemerkungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik machen, die sich aus aktuellen Managementanalysen ergeben.

Der Export ist bisher ungebremst und führt weiter zu einem enormen Exportüberschuss.

Allerdings ist die Frage:

Wie lange noch?

Bei VW sind erste Auswirkungen der Entscheidung der Briten zum Austritt aus der EU spürbar. So ist der Umsatz in Großbritannien auf Grund der aktuellen Wechselkursentwicklung des Englischen Pfundes, massive Abwertung nach der Entscheidung - stark rückläufig. Da Großbritannien zu einem der größten europäischen Märkte für den VW Konzern gehört, hat das direkte Auswirkungen auf Produktionsprogramme und Beschäftigung.

Bleibt die Frage offen, wie das transnationale Kapital dieser Entwicklung entgegen wirken wird?

Da die wirtschaftliche Einheit Europas, der grenzenlose Markt, einer der Eckpfeiler ihrer Profitmaximierungsstrategie ist, und nicht nur der Finanzmarkt London erhalten bleiben soll, werden sie sicher versuchen das Votum der britischen Wähler entweder zu umgehen oder zu missachten.

Unsere historischen Erfahrungen sind doch, dass weiter Profitinteressen der Konzerne vor irgendwelchen, wie auch gearteten bürgerlich, demokratischen Entscheidungen gehen.

Dazu noch ein paar kurze grundsätzlichere Gedanken:

Mit der gesteigerten Produktivität infolge der neuen Technologien spitzen sich natürlich alle Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems weiter zu! Vor allem der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, zwischen Angebot, zahlungsfähiger Nachfrage und Massenkaufkraft.

Das hat einerseits zur Folge, dass auf der Jagd nach Extraprofiten der verschiedenen Multis, der Prozess der technologischen Neuerungen immer neu vorangetrieben wird, dass sich damit aber eben diese Widersprüche immer weiter verstärken.

Eine weitere Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung wird die Verfügbarkeit, die Preisentwicklung und der Zugriff auf die weltweiten Rohstoffe sein.

Der Ölpreis, so die Einschätzung auch des VW-Konzernvorstandes, wird in der nächsten überschaubaren Zeit relativ niedrig bleiben. Das hat ganz unterschiedliche wirtschaftliche und politische Gründe.

Es geht dabei um das maximale Verteuern des „Frackings“ in den USA, um damit die Vormachtstellung der Golfstaaten, sowie der nicht am „Fracking“ beteiligten Ölmultis zu erhalten, aber auch um ökonomischen Druck auf Russland, Venezuela und den Iran auszuüben. Damit natürlich ist auch ein politischer Druck verbunden, sich den amerikanischen Strategien zu unterwerfen.

Die Diskussion um Strafzölle für Stahl aus China zeigt ein weiteres Krisenszenario. Die Chinesische Wirtschaft muss mit allen Mitteln im Durchschnitt pro Jahr um mindestens 7% wachsen, damit die sozialen Probleme im Land einigermaßen gelöst werden können. Das geht auch nur mit weiter wachsendem Export vieler Waren. Gleichzeitig hat sich in China so viel Kapital angehäuft, dass es möglich macht auf eine verstärkte „Einkaufstour“ in Deutschland und Europa zu gehen. Um nur ein Beispiel zu nennen: KUKA-Robotertechnik.

Dagegen versuchen die betroffenen Konzerne europaweit Mauern zu errichten. Oft mit Unterstützung von Belegschaften, Gewerkschaften und Regierungen, aus Angst vor Knowhow-Abfluss, drohenden Werkschließungen, Arbeitsplatzverlusten und sozialen Spannungen. Die spannende Frage bleibt, wie auf der einen Seite die Erzielung maximale Profite nur durch eine Erweiterung der industriellen Produktionsnetzwerke gelingen wird, auf der anderen Seite aber der Nationalismus in vielen europäischen Staaten einen guten Nährboden findet, die Wirtschafts- und Währungsunion zu Gunsten der Nationalstaaten teilweise aufgelöst werden soll.

Das ist auch die spannende Frage im Verhältnis der EU zu einem „Trump“-Amerika mit der Losung: „America first!“

Denn andererseits haben die europäischen Konzerne die Hoffnung durch CETA und TTIP ihre Kapitalverwertungsinteressen in Canada und den USA damit besser durchzusetzen zu können. Sie hoffen Gewinner in diesem Kampf um Marktanteile und Extraprofite zu sein.

„Marktwirtschaft“ Kapitalismus heißt eben grenzenlose Konkurrenz.

Es bleibt die Fußnote im Kapital auch für diese Entwicklung richtig:

Bei 300% Profit gibt es kein Verbrechen, was nicht begangen wird (keine Schranken weltweit erhalten bleiben) auch bei Strafe des eigenen Untergangs!

Nur dass dabei die Aktionäre oder Vorstände selten unter gehen, immer ein „Rettungsboot“ haben. Untergehen, verelenden werden immer die arbeitenden Menschen, ihre Familien, Produktionsstandorte, ganze Regionen, sogar Staaten oder Kontinente!

Gleichzeitig nehmen internationale Konzentrationsprozesse an Geschwindigkeit wieder zu. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist dafür nur ein Beispiel.

Ganze Branchen stehen vor gewaltigen Veränderungen.

In der Autoindustrie ist der Umbau zu einer Mobilitätsindustrie in vollem Gange.

Weltweit wird „Mobilität“ neu definiert.

Da das Bauen und Verkaufen von Automobilen langfristig keine erhöhten Gewinne verspricht, die gesellschaftliche Entwicklung zu einer anderen Form der individuellen Mobilität in vollem Gange ist, beginnend in den großen Metropolen, die heute schon am Verkehrsinfarkt leiden, versuchen die großen Automobilkonzerne jetzt umzusteuern. Das sind bei VW die Konzernstrategie „together 25“ und in der Marke Volkswagen die Strategie „transform 2025“. Sie werden dazu gezwungen, weil völlig neue „Spieler“ zum Beispiel: Google, Apple, Uber und Tesla das Feld der Mobilität und Mobilitätsdienstleistungen betreten.

Auch der Ausgang dieser nur kurz und holzschnittartig beschriebenen Prozesse ist meiner Meinung nach völlig offen!

Eins ist aber jetzt schon sichtbar: Der Druck auf die Belegschaften wird massiv zunehmen. Ohne VW-Gesetz und Landesbeteiligung würde der gerade zwischen dem Vorstand und dem Gesamtbetriebsrat von Volkswagen abgeschlossene „Zukunftspakt“ ganz anders aussehen. Wo im Kapitalismus gibt es noch den Ausschluss von „betriebsbedingten Kündigungen“ über einen so langen Zeitraum, von 1994 bis 2025?

Das verhindert aber nicht, dass der ökonomische Druck weiter zunimmt. Es geht auch mit „Zukunftspakt“ um nicht weniger als bestehen Standorte, Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Löhne.

Gerade jetzt, in einer der schwersten Krisen von Volkswagen kommt es aus meiner Sicht darauf an, auf die Herausforderungen, auf die Bedrohungen international Antworten zu finden. Gerade jetzt europa- und weltweit, gerade jetzt konzernweit solidarisch zusammen zu arbeiten, akzeptable, wenn auch schwierige wenn auch immer noch im Rahmen kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse mögliche, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten!

Allerdings ist die europäische Gewerkschaftsbewegung darauf nur unzureichend vorbereitet. Es gibt kaum funktionierende, politisch und wirtschaftlich agierende Europäische Konzernbetriebsräte. Der Kampf um einheitliche soziale Mindeststandards in Europa ist unterentwickelt. Das führt immer wieder zur Möglichkeit über Ländergrenzen hinweg Belegschaften gegeneinander auszuspielen. Bei vergleichbarer Technik entscheiden oft Dauer, Länge der Arbeitszeiten, Steuern und Abgaben, ökologische und Arbeitssicherheitsnormen, unterschiedliche gesetzliche Vorgaben über Produktionsstandorte.

Kommen dann noch branchenspezifische Krisen oder Konzentrationsprozesse dazu, ist die „eigene Haut“, den eigenen Standort und Arbeitsplatz zu sichern, zu retten, scheinbar mehr Wert, als die internationale Solidarität, der gemeinsame Kampf um den Erhalt aller Standorte und so viel wie möglicher Arbeitsplätze.

Das ist doch aber eine unserer vordringlichsten Aufgaben als Kommunisten, die Konkurrenz der Belegschaften zu verhindern, wenigsten zu erschweren oder Prozesse zu verzögern, Solidarität zu organisieren, im Rahmen unserer eher bescheidenen Möglichkeiten, jede noch so kleine Chance zur europäischen und internationalen Zusammenarbeit zu suchen.

Genau deshalb und aus langjährigem eigenen Erleben im Europäischen- und im Welt-Konzern-Betriebsrat, war und ist es aus meiner Erfahrung ein großer politischer Fehler sich aus der Europäischen Linkspartei zu verabschieden.

Suchen wir auch europaweit die größten Gemeinsamkeiten im Kampf um soziale und politische Veränderungen?

Oder suchen wir die kleinsten politischen Unterschiede um zu begründen, warum man da als DKP nicht mitmachen kann?

Meiner Meinung nach ist unser gültiges Parteiprogramm dazu eindeutig:

**Unter den Bedingungen der imperialistischen Globalisierung und der weiteren Ausprägung der Europäischen Union nimmt die Internationalisierung des Klassenkampfes zu.**

**Damit wird nachdrücklich die Notwendigkeit einer internationalen Antwort der kommunistischen Parteien und Organisationen und der Verständigung der weltweiten antikapitalistischen Bewegung auf die Tagesordnung gesetzt.**

**Der umfassende Angriff auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse erfordert das gemeinsame Handeln der internationalen Arbeiterbewegung und anderer fortschrittlicher Kräfte.**

Genossinnen und Genossen,

wir verweisen natürlich nicht nur auf die Probleme in Europa. Die politischen Bedingungen hängen auch immer von den Kräfteverhältnissen im eigenen Land ab. Auch in der Bundesrepublik erleben wir große Unterschiede zwischen den Gewerkschaften, verliert der DGB seine Klammerfunktion, schwindet sein Einfluss und seine reale politische Bedeutung. Oft gibt es nur noch regionale Vertretungen des DGB, ist die Dachorganisation nicht mehr in der Stadt vor Ort vertreten. Kommt dazu auch noch eine 100% ehrenamtliche Arbeit nach Feierabend in den Gremien und bei der Planung und Durchführung von Aktionen oder Aktivitäten ist eine langfristige Rückgewinnung von wieder mehr politischem Einfluss durch mehr Mitglieder und sichtbarem Einmischen nur schwer vorstellbar.

Das gilt aber auch zum Beispiel für die IG-Metall. Immer häufiger fusionieren Geschäftsstellen zu regionalen Vertretungen. Die IG-Metall versucht bisher erfolgreich durch Initiativen, Branchenarbeit und Kampagnen dem Mitgliederverlust entgegen zu wirken.

Sie muss und stellt sich den Herausforderungen von technologischem Wandel, veränderten Arbeitsbeziehungen und sich verändernden individuellen Interessen der Beschäftigten.

Der technologische Wandel führt zwangsläufig auch zu einer Veränderung in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Das wird zu einer weiteren Differenzierung von Tätigkeiten, Arbeitsformen, Arbeitsverhältnissen und Arbeitszeiten führen.

Es gibt bei der Frage der Arbeitszeit mit dem steigenden Anteil an digitaler Arbeit die Notwendigkeit den Spagat zu schaffen, kollektive tarifvertragliche Regelungen für wachsende individuelle Ansprüche an Lage, Dauer und Flexibilisierung der Arbeitszeit zu schaffen. Die Interessenvertretung für die neuen Beschäftigtengruppen, die Chance sie in den Gewerkschaften zu organisieren, hängt nach meinen betrieblichen Erfahrungen davon ab, wie es mehr und mehr gelingt, nicht Regelungen für sie, sondern Regelungen mit den Betroffenen zu erreichen.

Der Veränderungsdruck auf die IG-Metall und ihre Strukturen, ihre Tarifpolitik wird weiter zunehmen. Erhöhte Qualifikationsanforderungen und andauernde Qualifizierung, aber auch die von mir schon beschriebene Möglichkeit der Individualisierung der Tätigkeiten, schaffen eine neue Schicht der „Facharbeiter“ in den Betrieben, die die modernsten Maschinen und Anlagen bedienen, steuern, warten, reparieren oder programmieren.

Dagegen kann das auf der anderen Seite die maximale Ausweitung des Sektors mit geringsten Qualifikationsansprüchen und geringen Einkommen zur Folge haben.

Das hat dann nicht nur Auswirkung auf die gewerkschaftliche Kraft, sondern gibt den Herrschenden die Möglichkeit des „Teilen und Herrschens“, somit einen direkten Einfluss auf die Bewusstseinsentwicklung breiter Teile der Arbeiterklasse.

Dann kann die Stärke der Gewerkschaften nicht nur aus den Betrieben kommen. Dann darf, dann muss die Interessenvertretung genau eben nicht am Werkstor aufhören!

Wenn Gewerkschaften für mehr Beschäftigte, mehr Menschen attraktiv sein sollen, wenn in betrieblichen Auseinandersetzungen, die gewerkschaftliche Kraft allein nicht mehr reicht um Probleme zu lösen, dann brauchen wir noch mehr gesellschaftliche Einmischung der Gewerkschaftsbewegung!

Das darf sich dann aber nicht nur auf die Zeit kurz vor wichtigen Wahlen beschränken.

Gerade jetzt wird das zur Rentenfrage dringend notwendig, ist bei CETA und TTIP mehr sichtbar geworden, wird bei weiteren sozialen Fragen wie Leiharbeit, Arbeitszeit und so weiter, immer wichtiger.

Ich bitte euch in der Diskussion diese Einschätzung durch eure Erfahrung aus eurer Arbeit in den unterschiedlichen Gewerkschaften zu ergänzen, damit ein breiteres umfassenderes Bild entsteht.

Allerdings möchte ich grundsätzlich über alle Gewerkschaftsgrenzen, über die unterschiedlichen Schwerpunkte die unterschiedlichen Bedingungen hinweg, eins feststellen: Der ökonomische Druck auf alle Bereiche wird enorm steigen. Der Veränderungsdruck bei Berufen, Beschäftigungen, in den Belegschaften durch wissenschaftlich, technische Revolution – Industrie 4.0 – wird sich beschleunigen. Auch dazu aus unserem Programm:

**In der Arbeiterklasse vollziehen sich seit einigen Jahrzehnten, besonders unter dem Einfluss der wissenschaftlich-technischen Revolution, zudem bedeutende strukturelle Wandlungen.**

**Berufsbilder und Qualifikationsmerkmale haben sich verändert.**

**Berufszweige, deren Angehörige sich zumeist nicht zur Arbeiterklasse rechnen, ihr aber objektiv angehören, gewinnen immer mehr an Bedeutung.**

**Es bildet sich eine immer größer werdende Schicht der in Technik, Wissenschaft und Verwaltung arbeitenden Intelligenz.**

**Sie unterscheidet sich von den Industriearbeitern bzw. einfachen Angestellten in Verwaltungen und Bildungseinrichtungen vielfach nur durch ihre konkrete Tätigkeit.**

**Auch ihr Arbeitsplatz ist oft unsicher. Viele müssen entwürdigende Arbeitsverhältnisse eingehen.**

Aus meiner Sicht sollten wir als Genossinnen und Genossen in den Gewerkschaften, mit unseren Kolleginnen und Kollegen über unsere Vorstellungen von – Arbeiten 4.0 und vor allem auch Mitbestimmen 4.0 – diskutieren.

Wir haben da doch viele Anknüpfungspunkte.

- Ist Arbeitszeitverkürzung notwendig, möglich, und wenn ja, wie, wer bezahlt?
- Wie sieht bei neuer Technologie Entgeltsicherung aus?
- Wie sichern wir die langfristige Beschäftigung bei veränderten Technologien?
- Wer bezahlt die notwendigen Qualifizierungen?
- Wie sichern wir unseren Anteil am steigenden Gewinn?
- Welche erweiterte Mitbestimmung ist bei neuen Technologien dringend notwendig?
- Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen wir zur Sicherung des Arbeitslebens und der Rente?

Genossinnen und Genossen,

das alles ohne eine Einschätzung der aktuellen Bewusstseinslage der Belegschaften, der arbeitenden Menschen, der Arbeiterklasse im Allgemeinen kann uns an unserem Ziel der Veränderung vorbei führen!

Das Bewusstsein ist aus meiner betrieblichen und gewerkschaftlichen Erfahrung von Angst und Unsicherheit geprägt. Nach wie vor herrscht eine von Verzichtsmentalität gekennzeichnete Grundstimmung. Kommt dann noch öffentlich geschürte Angst vor Arbeitsplatzverlust durch „Flüchtlinge“ dazu, fühlen sich viel der Beschäftigten als mögliche Verlierer.

Das hat starke politische Auswirkungen. Denn 30 % der jungen IGM-Mitglieder haben bei den letzten Wahlen AfD gewählt. Das ist genau die Generation, die kaum langfristig gesicherte Arbeitsverhältnisse kennen gelernt hat. Das ist die Generation, die mit Zeit- und Leiharbeit in den Betrieben aufgewachsen sind. Wenn solche Stimmung in den Betrieben vorherrscht, dann wird es selbst für die IG Metall schwer, Flugblätter gegen die AfD in den Betrieben zu verteilen. Das reaktionäre Parteiprogramm spielt dann in den Debatten in den Betrieben und an den „Stammtischen“ keine Rolle.

Das Zurück zum Frühkapitalismus ohne soziale Absicherung, ohne kollektive Renten- und Arbeitslosenversicherung, die umfassende Privatisierung der sozialen Vorsorge tritt dann in den Hintergrund!

Wir kämpfen also an vielen Fronten:

Wir müssen vor allem Mut machen, dass Veränderung der aktuellen Lage möglich ist!

Wir wollen Schritte aufzeigen, um gemeinsam diese Veränderung auch zu erreichen!

Dabei dürfen wir nicht als „Oberlehrer“ auftreten!

Es geht nicht darum „Klassenbewusstsein“ in die Arbeiterklasse zu tragen!

Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als in gemeinsamen, betrieblichen, gewerkschaftlichen, politischen Aktionen und (Abwehr-)Kämpfen, Erfahrungen zu sammeln.

Es geht darum politische und ökonomische Zusammenhänge gemeinsam zu erkennen, nachvollziehbar zu machen.

Es geht darum, in einem langen Prozess, mit Erfolgen und Niederlagen, uns gemeinsam ein anderes, ein revolutionäres Bewusstsein zu erarbeiten.

Sicherlich der langwierigere, schwerere Weg!

Für mich aus meiner jahrelange betrieblichen, gewerkschaftlichen und politischen Arbeit heraus aber UNVERZICHTBAR!

Deshalb stehe ich uneingeschränkt zu unserem Programm:

**Das Zusammengehen der Klasse mit ganzer Kraft zu unterstützen, das Einigende in den Vordergrund zu rücken, gemeinsame Aktionen zu fördern und zur Entwicklung des Klassenbewusstseins beizutragen - das ist Aufgabe und Grundsatz der DKP.**